

## Umgang mit der Linken

Seit der Hessenwahl streiten darüber Politiker,  
Kommentatoren und Wissenschaftler

*Joss Steinke*



Joss Steinke

Pattsituationen, die eine Regierungsbildung erheblich verkomplizieren und verlängern, kannten wir bisher vor allem aus der Auslandsberichterstattung. Das deutsche Vierparteiensystem, das seit den achtziger Jahren Bestand hatte, bot bislang Stabilität und Kontinuität auf Landes- und Bundesebene. Die Landtagswahl in Hessen am 27. Januar 2008 könnte der Anfang vom Ende dieses Systems gewesen sein. Die Linke zog mit 5,1 Prozent in den Landtag ein, dem nun fünf Parteien angehören und in dem keines der beiden etablierten Lager (CDU/FDP oder SPD/Grüne) eine Mehrheit besitzt.

Eine Zusammenarbeit mit der Linken im Westen hatte die SPD-Parteizentrale bis dahin kategorisch abgelehnt. Aber in Hessen hatte SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti angesichts der neuen Konstellation geplant, sich am 5. April mit den Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Sie musste diesen Plan jedoch kurz vorher aufgeben, nachdem die hessische SPD-Landtagsabgeordnete Dagmar Metzger angekündigt hatte, sie in diesem Fall nicht zu wählen. Ypsilanti hatte mit diesem Versuch ihr Wahlversprechen gebrochen, auf keinen Fall mit der Linken zu kooperieren. Parteichef Beck hatte zuvor öffentlich Aussagen getroffen, die von Nachrichtenagenturen als eine Billigung dieses Vorgehens interpretiert wurden und damit innerhalb und außerhalb seiner Partei heftige Reaktionen hervorgerufen. Hamburgs Spitzenkandidat Michael Naumann sah in Becks Stellungnahmen einen Grund dafür, dass die Hamburger SPD bei den Bürgerschaftswahlen kurze Zeit später hinter den Erwartungen und Prognosen zurückblieb. Ein „Brandbrief“ Naumanns an Beck wurde publik, in dem der Hamburger dem SPD-Parteivorsitzenden vorwarf, die sozialdemokratischen Tugenden Solidarität und Loyalität auf die Probe gestellt zu haben. Der SPD-Parteivorstand stützte einen Tag nach der Hamburg-Wahl Becks Kurs und stellte ausdrücklich klar, dass es Sache der SPD-Hessen sei, ob und wann sich Ypsilanti zur Wahl stelle.

Nachdem Ypsilantis Versuch, sich mit den Stimmen der Linken wählen zu lassen, gescheitert ist und auch andere Konstellationen von den Beteiligten kategorisch ausgeschlossen werden, bleibt in Hessen als einzig mögliches Bündnis

Pressemitteilung der  
SPD Nr. 139/08,  
<http://www.spd.de/medienu/1741662/>

die Große Koalition. Und das obwohl gerade dort ein scharfer Lagerwahlkampf geführt worden war. Dass die Linke in Hessen, wo die SPD im Wahlkampf einen klaren Linkskurs fuhr, reüssierte, wird im Übrigen auch als Indiz dafür gewertet, dass die Linke auf absehbare Zeit in den westlichen Bundesländern und im Bundestag eine bedeutende Rolle spielen wird. Wahlumfragen, etwa von Infratest dimap, bestätigen dies. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (zeitgleich mit der Hessenwahl) und Hamburg Anfang 2008 hat die neue Partei, die im Jahr 2007 aus der WASG und der SED-Nachfolgepartei PDS hervorgegangen ist, die Fünf-Prozent-Hürde deutlich übersprungen.

Einige sehen in der Veränderung des Parteiensystems einen besorgniserregenden Trend. Für Ex-Bundespräsident Roman Herzog ist die Veränderung des Parteiensystems ein Anlass, über Änderungen des Grundgesetzes nachzudenken. Verfassungsänderungen könnten die Gefahr politischer Instabilität verringern.

Andere, wie der Göttinger Parteienforscher Franz Walter, bewerten die neue Parteienkonstellation positiv:

„[...] Zunächst einmal ist die Bewegung zum Vielparteiensystem Ausdruck von Demokratie und Modernität. Der Souverän, der Wähler mithin, will es so. Er mag sich nicht mehr auf die bipolare Alternative zwischen zwei im Grunde inhaltlich längst blass und diffus gewordenen Volksparteien beschränken. Schließlich ist die Gesellschaft insgesamt bunter geworden, heterogener, facettenreicher. Wer die Pluralisierung und Individualisierung der zurückliegenden Jahrzehnte nicht mehr missen möchte, der hat auch die neue Vielfalt im Parteiensystem nicht zu beklagen. [...]“

Die neue parteipolitische Ausgangssituation ist für die SPD besonders heikel. Die Linke kritisiert vehement gerade die Sozialreformen, die von der rot-grünen Regierung unter dem Begriff „Agenda 2010“ durchgesetzt worden sind und besetzt klassische sozialdemokratische Themen wie Verteilungsgerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Im Westen sind viele ihrer aktiven Mitglieder ehemalige SPD-Genossen. Wahlforscher Franz Urban Pappi erklärte, Beck habe durch seinen inhaltlichen Richtungswechsel zwar vielleicht die linken SPD-Wähler mobilisiert – aber für die Partei Die Linke. Es gebe Menschen, die diese Partei wählen, obwohl sie traditionell eigentlich SPD-Anhänger seien.

Über die Frage, ob die SPD eine Zusammenarbeit mit der Linken eingehen sollte, sind die Sozialdemokraten auf allen Ebenen tief gespalten, Gräben zwischen Parteiflügeln treten offen zutage. Beck wurde als möglicher künftiger Kanzlerkandidat in Frage gestellt, andere brachten sich in Stellung. Die Partei bleibt uneins in Bezug auf die entscheidenden Sachfragen. Wird die Linke durch eine Zusammenarbeit gestärkt oder durch die Teilhabe an der politischen Verantwortung geschwächt? Darf man überhaupt ein Bündnis mit einer Partei eingehen, die ihre Wurzeln zum Teil im DDR-Unrechtsstaat hat? Verliert man damit Wähler in der so genannten Mitte? Muss man dieses Bündnis sogar eingehen, um sich die Chance auf politische Gestaltung zu bewahren? Diese Fragen beschäftigen die SPD, aber auch Politiker anderer Parteien, Kommentatoren und Wissenschaftler.

Kurt Beck selbst argumentiert, dass die Veränderung des Parteiensystems einen Kurswechsel erzwingt:

Herzog, Roman: Eine fundamentale Veränderung unseres Regierungssystems, in: Süddeutsche Zeitung vom 06.03.2008, <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/590/162142/7/>

Walter, Franz (21.02.2006): Politik aus keinem Guss, in: [sueddeutsche.de/deutschland/artikel/740/159309/](http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/740/159309/)

Frankfurter Rundschau vom 25.02.2008: Linke wird für die SPD zum Problem. Wahlforscher erwarten innerparteilichen Streit, S. 4.

Berliner Morgenpost vom 11.03.2008: Beck's Rezept gegen die Krise: Augen zu und durch, S. 3

„[...] Bei seinem Auftritt bedauert Beck zwar ‚einen gewissen Galopp in der Entwicklung‘. Doch in der Sache selbst sei ihm nichts vorzuwerfen. Bis vor kurzem habe er noch die Hoffnung gehegt, die Linkspartei werde den Sprung in die westdeutschen Landesparlamente verfehlen. Nachdem sich das als Trugschluss erwiesen habe und sich ein Fünf-Parteien-System etablierte, ist für Beck eine ‚Neupositionierung‘ unabdingbar. Und das heißt: ‚Keine dogmatische Abgrenzung.‘ Die SPD spiele auf der gesamten Breite des Spielfeldes.[...]“

Allerdings schloss Beck sowohl eine längerfristige Duldung als auch eine Koalition in Hessen öffentlich aus. Stets betonte er, dass es nur um die Frage ginge, ob sich Ypsilanti von den Linken zur Ministerpräsidentin wählen lasse. Und diese Entscheidung läge allein in Hessen. Für den SPIEGEL ist das dennoch der Beginn eines „Paradigmenwechsels“. Das Magazin zieht Parallelen zur Kooperation mit der PDS, die Anfang der 90er Jahre ebenfalls ausgeschlossen wurde, dann aber in mehreren Ländern praktiziert wurde:

„[...] Es ist die Sprachregelung, mit der Kurt Beck dieser Tage einen fundamentalen Schwenk verschleiern will. Übersetzt lautete sie, dass man zwar alles tun solle, um den Anschein einer Kooperation mit den Linken zu vermeiden, vor allem semantisch. In Wahrheit aber könne man am Ende doch zusammenarbeiten. So verstohlen, so vorsichtig und so verlogen kündigen sich in der Politik bisweilen Paradigmenwechsel an.

Mit seinem Schwenk bringt Beck sich und die SPD in eine mehr als schwierige Lage. Es ist noch nicht ausgemacht, ob sich die neue Linie durchsetzen wird. Denn kaum sickerte die erste Meldung durch, bildete sich eine breite Front der Ablehnung. Selbst die Parteilinke Andrea Nahles fühlte sich überrumpelt. Diese Woche könnte deshalb eine der Schlüsselwochen in der 144-jährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie werden. [...]

So könnte Hessen für Westdeutschland das werden, was Sachsen-Anhalt einst für den Osten war: das Land, in dem sich Sozialdemokraten und Sozialisten annähern. Damals, im Sommer 1994, tolerierte die PDS in Magdeburg die rotgrüne Regierung, obwohl der Kandidat Reinhard Höppner ebenso wie SPD-Chef Rudolf Scharping dies vor der Wahl kategorisch ausgeschlossen hatten. Es werde mit der PDS ‚keine Gespräche, keine Vereinbarungen, keine Verhandlungen, gar nichts geben. Punkt. Schluss!‘, polterte Scharping damals.

Die Rolle Scharpings hat 14 Jahre später sein Landsmann Beck übernommen. Bis vor kurzem hatte der SPD-Chef jeden Umgang mit den Linken in den alten Bundesländern strikt verboten. ‚Wir werden uns mit diesen Leuten nicht abgeben‘, lautete einer von Becks Lieblingssätzen. Ein anderer ging so: ‚In der SED-PDS-Nachfolgegruppierung sitzen Leute, die das Gebot der Freiheit mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl beantwortet haben.‘ Inzwischen aber scheint Beck erkannt zu haben, dass solche Leute auch Ministerpräsidentinnen wählen.

In der vergangenen Woche hat Kurt Beck deshalb ein Tabu gebrochen, er hat die Weichen neu gestellt und will so die deutsche Politik verändern. Indem er Andrea Ypsilanti erlaubt, sich in Hessen mit den Stimmen von Oskar Lafontaines und Gregor Gysis Leuten wählen zu lassen, öffnete er die SPD endgültig zur Partei Die Linke. Es ist seine Antwort auf die Frage, wie Deutschland bei einem Fünf-Parteien-System regierbar bleiben soll.

Fest steht, dass Becks Aussagen kein Missverständnis waren, kein Affekt. Der Paradigmenwechsel war über Wochen vorbereitet worden. [...]

Dieser Kurs ist jedoch umstritten. Auch nach dem SPD-Vorstandsbeschluss vom 25. Februar, der als Billigung einer Wahl Ypsilantis zur Ministerpräsidentin, aber auch als Rückendeckung für Parteichef Beck interpretiert wird, beruhigte sich die innerparteiliche Debatte nicht. Die Welt berichtet unmittelbar danach von der Ablehnung eines neuen Kurses durch den konservativen Seeheimer Kreis:

„[...]Vertreter des konservativen Seeheimer Kreises forderten Beck auf, den Vorstandsbeschluss für einen offenen Umgang mit der Linken zurückzunehmen. Der Beschluss vom Montag sei falsch, sagte Seeheimer-Sprecher Johannes Kahrs der ‚Bild‘-Zeitung. Er glaube

Der SPIEGEL vom 25.02.2008: „Dann sagen wir nix.“, H. 9/2008, S. 20

Die Welt vom 29.02.2008: Naumann rechnet mit Beck ab. S. 2

nicht, dass man Protest aussitzen könne. ‚Wir fordern, dass Beck den Vorstandsbeschluss hinsichtlich Zusammenarbeit mit der Linkspartei in den westlichen Ländern kippt.‘ In einer Erklärung des Seeheimer Kreises [...] wird zudem auf die ‚Linie der SPD‘ verwiesen, im Westen und bei der Bundestagswahl 2009 nicht mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten. ‚Dies hat auch Kurt Beck vertreten.‘ Eine Öffnung lehne man ab. ‚Es ist nicht zu vermitteln, weshalb die SPD eine Zusammenarbeit auf Bundesebene mit zutreffenden Argumenten kategorisch ausschließt, jedoch gleichzeitig eine Zusammenarbeit in westdeutschen Ländern zulassen will.‘

Auch die konservativen SPD-Politiker Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, Finanzminister Peer Steinbrück und Fraktionschef Peter Struck kritisierten den neuen Kurs aus parteitaktischen Überlegungen. Sie befürchteten, dass ein Pakt mit der Linken Wähler in der Mitte vergraulen würde.

Der folgende Auszug aus einem Interview mit Steinbrück verdeutlicht dies:

Der SPIEGEL vom 25.02.2008: „Partei der Erdbeben.“, H. 11/2008, S. 24

„[...]“

**SPIEGEL:** Was schlagen Sie vor? Anpassung oder Abgrenzung?

**Steinbrück:** Mit einem Anpassungskurs nach links gewinnt man deutlich weniger Stimmen, als man in der Mitte der Gesellschaft verliert. Die SPD hat in Hessen nachweislich in der Mitte hinzugewonnen. Und dann kommt es natürlich sehr darauf an, durch wen Die Linke personell vertreten wird und was außer populistischer Phrasendrescherei ihre Substanz ist.

**SPIEGEL:** Sich inhaltlich abzugrenzen schließt nicht aus, notfalls miteinander zu koalieren?

**Steinbrück:** Ich werde mir diese Frage jetzt nicht aufdrängen lassen. Ich weiß nicht, wie Die Linke in 10, 15 Jahren aufgestellt ist, ob sie dann Realitäten an- und Verantwortung übernehmen will, statt bloße Gesinnung zu deklamieren. Ich weiß nur, dass sie heute und absehbar in den westdeutschen Ländern definitiv nicht regierungsfähig ist.

**SPIEGEL:** Bleibt dennoch die Frage, wo sich die Sozialdemokraten positionieren sollten, wenn sie nun von links und von der Mitte her in die Zange genommen werden.

**Steinbrück:** Die SPD darf nicht nach links unten schießen oder nach rechts, auf die CDU oder die FDP. Sie muss ihren eigenen Kurs bestimmen. Sie muss sich überlegen, wo sie hin will, wohin sich diese Republik entwickeln soll und wie sie für sich Alleinstellungsmerkmale entwickeln kann. Das gilt auch für die Personen, die sie in ihr Schaufenster stellt - nicht für ihre Delegiertenkonferenzen, sondern für die Wähler. Es geht darum, dieses Land ökonomisch in der Champions League zu halten, weil nur so viele unserer Probleme gelöst werden können bis hin zur Finanzierung des Sozialstaats. Auf der anderen Seite müssen wir die Gesellschaft zusammenhalten. Nur die SPD hat die Kompetenz, auf diese beiden Herausforderungen zukunftsweisende Antworten zu geben. So kann sie mehrheitsfähig werden und nicht, indem wir uns an Die Linke anpassen.

Der SPIEGEL vom 02.02.2008: „Nicht nach links schießen“. SPIEGEL-Gespräch, H. 6/2008 S. 24

Dagmar Metzgers Motive, Ypsilanti die Stimme vorzuenthalten, entsprangen keinen wahltaktischen Überlegungen. Sie habe „Bauchschmerzen“ und könne ein solches Vorgehen nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren. Als gebürtige Westberlinerin kenne sie Mauer und Stasi, deshalb gehe es nicht mit der Linkspartei, erläuterte sie ihre Motive.

In einem Beitrag des neuen WAZ-Internetportals „Der Westen“, der Pro und Contra einander gegenüberstellt, wird diese grundsätzliche Ablehnung zugespitzt. Ein weiteres Argument gegen jedwede Beteiligung der Linken an der Regierung erklärt deren öffentliche Forderungen für unseriös und unrealistisch.

„[...] Die Linke [...] verspricht, Härten und Zumutungen wieder zurückzunehmen – was natürlich jenen Wählern gefällt, die davon betroffen sind. Und sicherlich würden das auch alle anderen Parteien gerne versprechen. Aber bis heute ist unklar geblieben, wie dies geschehen soll, wer dies finanzieren soll. Natürlich könnte der Staat mehr Geld verteilen, könnte sich das Land noch tiefer verschulden, natürlich kann man an der Steuerschraube drehen, vielleicht kann man auch Unternehmen verstaatlichen und ein paar ganz Reiche enteignen – damit würde man sicherlich fünf, sechs Millionen Menschen kurzfristig besser stellen. Es wäre der Versuch, einen sozialen Zaun um das Land zu bauen, um jene Menschen vor der Globalisierung zu schützen, die ihr nach Ansicht der Linken nicht gewachsen sind. Jene allerdings, die in der Globalisierung auch Chancen sehen, die sie in vielerlei Hinsicht ja auch bietet, die wären durch die Zäune behindert oder sogar eingesperrt. Derartige Experimente kann sich eine Volkswirtschaft schlicht nicht leisten.

Das ist der eine Punkt, der gegen Regierungs-Experimente mit der Linken mit der SPD spricht. Den zweiten kann man an den Entgleisungen der niedersächsischen Landtagsabgeordneten Christel Wegner festmachen, die die Mauer und die Stasi rechtfertigte. Natürlich ist Wegner ein Einzelfall, und klügere Politiker der Linken würden sich lieber die Zunge abbeißen, als sich nur annähernd in gleicher Weise zu äußern. Aber der Vorfall verdeutlicht, wie schmal der Grat weiterhin ist: Wer sich zum alleinigen Anwalt einer bestimmten Bevölkerungsgruppe erhebt, der neigt leicht dazu, die Rechte der anderen einzuschränken. Und von diesem Punkt aus ist es nicht mehr weit zum Unrecht. Dies gilt für die extreme Rechte, wie für die extreme Linke. Was wäre denn, wenn sich die CDU plötzlich anschickte, mit der NPD zu koalieren? [...]“

Die FAZ bewertet den Kurswechsel der SPD als Machtstreben, für das auch ein eklatanter Wortbruch in Kauf genommen werde:

„[...] Beck hat dem Drängen Frau Ypsilantis, das ein Drängen des ganzen linken Flügels der SPD war, wenig entgegenzusetzen gehabt, da seine Ausgrenzungsstrategie im Westen nicht die erwünschten Erfolge zeitigte. Doch statt weiter für seinen Weg zu kämpfen, stellte Beck sich an die Spitze jener in der SPD, die die Linkspartei als akzeptablen Partner betrachten, mit dessen Hilfe linke Mehrheiten in Regierungsbündnisse verwandelt werden könnten. Der Drang der SPD zurück an die Macht ist inzwischen so groß geworden, dass anderes kaum noch zählt. Vergessen die Erklärungen, wie unvereinbar die Programme seien, vergessen auch das Klagelied über die Verfolgung aufrechter Sozialdemokraten durch das SED-Regime, das selbst Beck noch anstimmte. Alles vergessen, um knapp zwanzig Jahre nach dem Mauerfall eine der größten Selbstdemütigungen in der Geschichte der SPD möglich zu machen: die Krönung einer westdeutschen Sozialdemokratin zur Ministerpräsidentin durch die Nachfolgeorganisation ebenjener SED [...]“

Gegner dieser Argumentation führen ins Feld, dass die Stimmengewinne der Linken dem Wählerwillen entsprechen. Neuwahlen lehnen sie ab und befürworten eine Zusammenarbeit der SPD mit der Linken:

„[...] Demokratie ist kein Wunschkonzert, in dem die etablierten, großen Parteien bestimmen können, wer ein Land regieren darf oder nicht. Der Wähler hat entschieden, und mit genau diesem Ergebnis muss nun weitergearbeitet werden. Die Betonung liegt auf „muss“. Wer die Wähler solange zur Wahlurne ruft, bis ihm das Ergebnis passt, agiert gefährlich. Denn er ruft die Radikalen erst auf den Plan und wahrscheinlich auch ins Parlament. Wenn Bürger das Gefühl haben, die großen Parteien nähmen sie nicht ernst und bestimmten, völlig unabhängig vom Wahlergebnis, übers Wohl und Wehe eines Landes, geben sie ihre Stimme oft an jemand Neues. Aus dem extremen Lager. Zum Schaden der Demokratie! [...]“

Andrea Ypsilanti begründet ihre Entscheidung für ihren schon im Vorfeld gescheiterten Versuch, sich mit den Stimmen der Linken wählen zu lassen, mit der Chance auf politische Gestaltung. Sie argumentiert, dass es ja noch gar keine Erfahrung mit der Linken im Westen gebe. Ihre Standpunkte erläutert sie im Interview mit der Frankfurter Rundschau.

Kommentar von Andreas Fettig. Der Westen (24.02.2008): Darf die Linke in Hessen regieren?,: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2008/2/24/news-25518189/detail.html>

Kommentar von Berthold Kohler. FAZ vom 06.03.2008: Die Kapitulation der SPD.,: <http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc-EE1B12807FDED417AB5E60EBOC612607E-ATpl-Ecommon-Scotent.html>

Kommentar von Corinna Weiß. Der Westen (24.02.2008): Darf die Linke in Hessen regieren?,: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2008/2/24/news-25518189/detail.html>

Frankfurter Rundschau vom 09.03.2008: Andrea Ypsilanti im Interview. „Ich gebe nicht auf.“; [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1300989](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1300989)

„[...]“

**FR:** Wäre die Linke in Hessen ein verlässlicher Partner?

**Ypsilanti:** Genau das wollte ich herausfinden. Ich lasse mich nicht auf ein Vabanque-Spiel ein. Wenn man so einen Weg geht, wie wir ihn gehen wollten, also eine rot-grüne Minderheitsregierung, dann muss das auf Stabilität angelegt sein. [...]

**FR:** Die SPD hat Roland Koch immer scharf angegriffen als Lügner und Betrüger. Sind Sie durch den Bruch Ihres Wahlversprechens auch zu einer Lügnerin und Betrügerin geworden?

**Ypsilanti:** Ich sehe das überhaupt nicht so. Ich habe ein Wahlversprechen gegen das andere abgewogen. Ich will durchsetzen, was ich im Wahlkampf inhaltlich versprochen habe - von der Abschaffung der Studiengebühren, einer neuen Bildungs- und Energiepolitik bis hin zu Arbeitnehmerrechten. Deshalb habe ich mich entschlossen, das kleinere Übel zu wählen und mich eventuell mit den Stimmen der Linken wählen zu lassen. Dazu stehe ich.

**FR:** Wie beschädigt ist SPD-Chef Kurt Beck durch die Ereignisse in Hessen?

**Ypsilanti:** Wir haben auf der Bundesebene einen Beschluss gefasst, und der heißt: Die Landesverbände sind frei in ihren Entscheidungen. Das bedeutet auch: Die Landesverbände tragen die alleinige Verantwortung für ihre Entscheidungen. Kurt Beck führt die Bundespartei und ich führe die Landespartei.

**FR:** Beck hat selbst die Öffnung zur Zusammenarbeit mit der Linken im Westen betrieben. Das soll ihn nicht betreffen?

**Ypsilanti:** Kurt Beck hat eine ganz einfache Frage gestellt, nämlich: Ist es wirklich vertretbar, dass in einem Bundesland ein abgewählter Ministerpräsident im Amt bleibt und eine Wahlgewinnerin sich nicht zur Wahl stellt? Diese Frage hätte ich gerne am 5. April mit Nein beantwortet. Da gibt es jetzt ein Problem. Aber die Frage bleibt doch richtig. Sie hat auch damit zu tun, wie wir mit einem Fünf-Parteien-System umgehen. Das darf nicht immer mit großen Koalitionen enden. [...]"

Zustimmung für Ypsilantis Position kommt von verschiedenen Seiten innerhalb und außerhalb der SPD. Johano Strasser, Publizist, SPD-Mitglied und Kritiker der früheren rot-grünen Regierung zieht einen Vergleich zwischen der Linken und den Grünen in den achtziger Jahren und befürwortet im SPD-Organ „Vorwärts“ eine Zusammenarbeit:

Strasser, Johano (23.03.2008): Die SPD und „Die Linke“, in: Vorwärts 04/2008, <http://www.vorwaerts.de/magazin/artikel.php?artikel=6813&type=2&menuid=361&topmenu=361>

„[...] Es dauerte lange, bis die Grünen von den anderen Parteien akzeptiert wurden. In den ersten Jahren wurden sie auch von vielen Sozialdemokraten dämonisiert und ausgegrenzt. Aber die Kontaktsperre ließ sich nicht durchhalten. Ausgerechnet der für ökologische Fragen nicht eben sensible Holger Börner bildete 1985 in Hessen die erste rot-grüne Koalition. Aus den Schmuttelkindern wurden für die SPD normale politische Gegner und normale parlamentarische Partner. Und als Gerhard Schröder und Joschka Fischer 1998 ihre rot-grüne Koalition zimmerten, gab es kaum noch jemanden, der ein solches Bündnis anstößig fand.

Eine lehrreiche Geschichte. Sie zeigt, dass die parlamentarische Demokratie eine enorme Prägestkraft besitzt. Die Grünen, die als Antiparteien-Partei starteten, sind heute eine parlamentarische Partei wie die anderen auch. Offenbar wird eben diese Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie auch von ihren Anhängern immer wieder unterschätzt.

Das scheint sich nun bei der Linken zu wiederholen. Als wir es noch mit der PDS als einem rein ostdeutschen Phänomen zu tun hatten, versuchte die Union, die sich ohne die geringsten Hemmungen zwei DDR-Blockparteien einverleibt hatte, mit ihrer Rote-Socken-Kampagne dasselbe Ausgrenzungsspiel, das man zuvor mit den Grünen getrieben hatte. Damals wandte sich die SPD in ihrer großen Mehrheit gegen die Verteufelung der PDS, nicht aus Sympathie, sondern weil sie die Methode für undemokratisch und heuchlerisch hielt und weil sie – zu Recht – annahm, dass die Verteufelten dadurch nur stärker würden. Die PDS rückte in alle ostdeutschen Länderparlamente ein, bildete in Mecklenburg-Vorpommern und

in Berlin Koalitionsregierungen mit der SPD und war auf bestem Weg, eine ganz normale Partei zu werden.

Aber dann kam es zum Bruch zwischen Oskar Lafontaine und seiner Partei, und mit ihm verließen nicht wenige enttäuschte Mitglieder, vor allem Gewerkschafter, die SPD. Dass es für Sozialdemokraten schwer zu ertragen ist, wenn ihr ehemaliger Vorsitzender in Wahlkämpfen gegen sie antritt, ist leicht zu verstehen. Solche Wunden verheilen nicht schnell. Richtig ist auch, dass es in der Linken unbelehrbare SED-Nostalgiker gibt, sich an ihrer Basis ein paar Wirrköpfe tummeln und auf den Wahllisten zuweilen DKP-Hardliner wie Frau Weber aus Niedersachsen auftauchen. Aber Probleme dieser Art gab es mit den Grünen auch, in deren Reihen sich ehemalige Maoisten, RAF-Sympathisanten und Straßenkämpfer befanden.

Ein Blick in die anderen Länder der EU macht deutlich, dass eine linke Partei neben der Sozialdemokratie eher die Regel ist. Wir haben es in der Bundesrepublik also wahrscheinlich auf Dauer mit einem Fünfparteiensystem zu tun. Es wäre fatal, wenn die SPD sich ihre Koalitionsmöglichkeiten durch Berührungsverbote beschneidet. [...].“

Der Parteienforscher Eckard Jesse bewertet den bisherigen Kurs der Ablehnung eines Bündnisses mit der Linken in der SPD als wenig glaubwürdig, weil gerade in den neuen Bundesländern bereits Koalitionen eingegangen worden seien. Allerdings gibt auch er zu bedenken, dass die Linke antidemokratische Tendenzen aufweist.

[...] „Die Bürger sollten die Wahl zwischen einem schwarz-gelben und einem rot-rot-grünen Bündnis haben. Die Haltung der SPD ist ohnehin wenig glaubwürdig: In den neuen Ländern gehen die Sozialdemokraten Koalitionen mit der Linken ein, in den alten tun sie es nicht. Diese Strategie ist vor allem wahltaktisch bedingt, weniger prinzipiell, wiewohl die Ablehnung gegenüber Lafontaine tief sitzt. In den neuen Ländern gilt die Linke als gesellschaftlich akzeptiert, in den alten weniger, obwohl sich Veränderungen abzeichnen - so ein Verzicht auf die Beobachtung der Linken durch den Verfassungsschutz. Das würde die Partei weiter salonfähig machen.

Gleichwohl ist sie keine Gralshüterin des demokratischen Verfassungsstaats. Sie ist eine Partei, die den ‚antifaschistischen Konsens‘ predigt und eine antifaschistische Klausel in das Grundgesetz wie in die Landesverfassungen aufnehmen will, eine Partei, die sich strikt weigert, die DDR als ‚Unrechtsstaat‘ zu bezeichnen, eine Partei, die die Diktatur Kubas verteidigt, eine Partei, in deren Reihen eine Kommunistische Plattform agiert. Durch den Zusammenschluss der PDS mit der WASG ist sie entgegen so mancher Wahrnehmung keineswegs stärker demokratisch geworden.“

Jesse rät dennoch zu einer Zusammenarbeit. Die Linke würde dadurch entzaubert, denn sie müsste bei einer Regierungsbeteiligung auch Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen übernehmen.

„[...] Dass ein entsprechender Schritt dazu beitragen würde, die Linkspartei in Westdeutschland zu stärken, glaubt Jesse allerdings nicht. ‚Einerseits würde sie gesellschaftsfähig gemacht, andererseits würde sie aber entzaubert werden‘, ist der Professor von der Technischen Universität Chemnitz überzeugt. Die Überlegung, die dahinter steckt: Wenn die Linkspartei die Minderheitsregierung nicht blockieren will, müsste sie in Folge auch Entscheidungen zustimmen, die ihrer Anhängerschaft nicht gefallen würden. Jesse verweist dabei auf die rot-rote Koalition in Berlin. Dort trug die Linke – damals noch PDS – einen äußerst unpopulären Sparplan mit.

Den jetzigen Kurs der SPD, im Osten zu koalieren und selbiges im Westen abzulehnen, hält Jesse für kontraproduktiv. ‚Das kann man den Wählern kaum vermitteln. Die SPD muss einen glaubwürdigen Kurs einschlagen.‘ Der beste darin, sich entweder klar gegen Bündnisse auszusprechen und – auch in Ostdeutschland – die Linkspartei zu bekämpfen oder generell bereit zu sein, mit ihr zu koalieren, um sie als Regierungspartner zu entzaubern. Allerdings betont Jesse, dass im Falle einer grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft dies vor Wahlen klar gesagt werden müsse. [...]

Jesse, Eckhardt (30.01.2008): Umarmen statt ausgrenzen, in: Financial Times Deutschland Online, <http://www.ftd.de/meinung/kommentare/Gastkommentar%20Eckhardt%20Jesse%20Umarmen/310292.html>

Focus Online (20.02.2008): „Das wäre eine Katastrophe für die SPD“, [http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-9001/minderheitsregierung\\_aid\\_262186.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-9001/minderheitsregierung_aid_262186.html)

Nach Ansicht von Jesse profitiert die Linke vor allem von der großen Koalition. ‚Durch haben wir keine richtige Opposition im Bund. Das stärkt die Linke.‘ Die Schar der Wählerschaft vergrößere sich außerdem durch ‚Effekte‘ wie der gegenwärtige Steuerskandal. Der Großteil der Linken-Klientel rekrutiere sich aus Protestwählern – ein Fakt, der sich für die Partei allerdings als Bumerang erweisen könne: ‚Gerade bei einer Protestpartei können die Stimmeneinbußen sehr groß sein. Deswegen kann man nicht sagen, ob sie auch 2009 noch die stärkste Kraft in Ostdeutschland ist.‘“

Hamburger Abendblatt vom 05.02.2008: „Schwarz-Grün wäre nicht anders als Rot-Grün“. Interview mit FDP-Generalsekretär Dirk Niebel, S. 2

Politiker anderer Parteien kritisieren den Wortbruch der SPD in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Linken. Derweil suchen auch sie neue Bündnispartner. FDP-Generalsekretär Dirk Niebel erklärte dem Hamburger Abendblatt, er hätte sich schon nach der Bundestagswahl gewünscht, „dass man bei Union und Grünen die Jamaika-Koalition etwas genauer prüft.“ Jamaika, das wäre eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen.

In Hamburg haben sich bereits CDU und Grüne auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Der grüne Landesverband hat das neue Bündnis am 27. April mit großer Mehrheit abgesegnet. Der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Hubert Kleinert bewertet die zwangsweise Auflösung der politischen Lager als Chance für seine Partei:

Kleinert, Hubert (25.02.2008): Warum Deutschland umdenken muss, in: SPIEGEL Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,537472,00.html>

„[...] Gerade für die Grünen könnte eine funktionierende schwarz-grüne Verbindung in der Hansestadt von unschätzbarem Wert sein. Zum einen, weil sie demonstrieren würde, dass es auch im Fünf-Parteien-System Möglichkeiten der Mehrheitsbildung jenseits von Großer Koalition und rot-rot-grünem Linksbündnis gibt. Zum anderen, weil die Offenheit zu einem solchen Bündnis auch die politische Eigenständigkeit und Unabhängigkeit einer linksbürgerlichen Partei zeigen würde - die sich bei aller größeren Nähe zur Sozialdemokratie doch der festen Einordnung in ein von manchen schon imaginiertes linkes Lager entzieht.[...]“

Die parteipolitischen Lager sind also durch die Wahlerfolge der Linken beträchtlich in Bewegung gekommen. Die Diskussion um die Konsequenzen und neue parteistrategische Positionierungen in einem Fünf-Parteien-System hat gerade erst begonnen.